

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2190 33/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Volker Hauff MdB wirft der Regierung vor, europapolitisch zu schlafen.

Seite 1

Hermann Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, nennt die Kostendämpfung eine Bruchstelle der Bonner Koalition.

Seite 3

Otto Reschke MdB wirft Minister Schneider vor, in Sachen Baugesetzbuch die Öffentlichkeit zu täuschen.

Seite 5

Hans Büchler MdB stellt Ergebnisse von Gesprächen in der DDR über die dortige Geschichtsschreibung vor.

Seite 7

40. Jahrgang / 222

22. November 1985

Note ungenügend!

Der europäische Gipfel wird schlecht vorbereitet

Von Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Viel Zeit bleibt den EG-Regierungen nicht mehr für die Vorbereitung des Luxemburger Treffens, auf dem die Staats- und Regierungschefs den Durchbruch für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft erreichen wollen. Die von ihnen beschlossene Regierungskonferenz, die seit Anfang September tagt, soll ihnen dazu geeignete Vorschläge unterbreiten, über die sie Anfang Dezember befinden werden.

Betrachtet man den Vorbereitungsstand des Luxemburger Treffens - kaum mehr zwei Wochen vor dem vereinbarten Termin -, müssen sich die EG-Regierungen fragen lassen, ob sie überhaupt gewußt haben, auf welch ein kompliziertes Unterfangen sie sich mit dieser Regierungskonferenz eingelassen haben: Zum ersten Mal seit 27 Jahren tagen die Vertreter der EG-Staaten im Rahmen einer solchen Konferenz. Sie hätten die Chance, die Stagnation der Gemeinschaft durch mutige Vorschläge endlich zu überwinden, indem neue wichtige Politikbereiche in die Verträge einbezogen und die Entscheidungsstrukturen, die seit langem nicht mehr funktionieren, verbessert werden.

Die Regierungskonferenz war nicht in der Lage, ein einigermaßen umfassendes Konzept den Regierungschefs zur Entscheidung vorzuschlagen. Der augenblickliche Stand ist ein Torso von Vorschlägen. Nur die EG-Kommission hat als einzige ein geschlossenes Reformkonzept unterbreitet.

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by the printer
Reinhold Pöhl



Die Bundesregierung, die zu den Initiatoren der Regierungskonferenz gehört, muß sich jetzt fragen lassen, was sie eigentlich bisher für ein Gelingen des Luxemburger Treffens beigetragen hat. Ihre Vorschläge für größere Befugnisse des Europäischen Parlaments verdienen - gemessen an den großen Worten des Kanzlers über die Rolle des Europäischen Parlaments - nur die Note Ungenügend. Selbst die deutschen Mitglieder der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, also die Parteigänger von Kanzler Kohl, haben ihn aufgefordert, die Vorschläge nachzubessern, da sie für die Parlamentarier so nicht akzeptabel sind.

Ganz Ähnliches gilt für die Schaffung eines Binnenmarktes. Hier gibt es große verbale Bekenntnisse - aber gleichzeitig negative Stellungnahmen und Widerstand zur Steuerharmonisierung, ohne die ein Binnenmarkt nicht funktionieren kann; und negative Stellungnahmen zur verstärkten politischen Zusammenarbeit und zum Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) und zur stärkeren Verwendung des ECU.

Die europäischen Partner sind wegen des Durcheinanders in der Kohl/Genscher-Regierung in Sachen EUREKA und SDI verunsichert. Der Bundeskanzler, der so vollmundig für die Stärkung der Gemeinschaft eintritt, macht von sich aus dem französischen Staatspräsidenten - angeblich zu dessen größter Überraschung - den Vorschlag, außerhalb der Gemeinschaftsinstitutionen, ein EUREKA-Sekretariat in Straßburg anzusiedeln. So verprellt man seine Partner.

Die SPD im Deutschen Bundestag hat der Einberufung der Reform-Konferenz zugestimmt und der Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Da aus Brüssel und Luxemburg inzwischen besorgte Stimmen über einen eventuell ergebnislosen Gipfel laut werden - schon jetzt spricht man von einer möglichen Vertagung der Reform-Debatte - fordert die SPD die Bundesregierung erneut auf, das Gewicht der Bundesrepublik dafür einzusetzen, daß es beim Gipfel zu einer mutigen und zukunftsweisenden Entscheidung kommt.

Wer Europa aussitzen will, wird die Tatenlosigkeit fördern. Die deutsche Bundesregierung kann von diesem Vorwurf nicht freigesprochen werden.

(-/23.11.1985/va/ks)

+ + +



Kostendämpfung wird zur Bruchstelle der Bonner Koalition

Die Bundesregierung ruiniert durch Untätigkeit die Krankenversicherung

Von Hermann Heinemann

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Mann kann einem schon beinahe leid tun. Höchste Repräsentanten der Ärzteschaft qualifizieren ihn mit rüden Worten ab und kündigen ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft in der - jawohl - christlichen Arbeitnehmerschaft auf. Und die besonders notleidende Gruppe der Zahnärzte protestiert gegen die Sparpolitik im Gesundheitswesen und verläßt die Konzentrierte Aktion - als wär's ein Stück von der Aachener Narren-Proklamation.

Das hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm nun wahrlich nicht verdient. Denn in seiner nunmehr dreijährigen Amtszeit hat Norbert Blüm keinen einzigen greifbaren Erfolg bei der Eindämmung der Kostenflut im Gesundheitswesen aufzeigen können. Er hat es bisher sorgsam vermieden, den Leistungsanbietern im Gesundheitswesen weh zu tun. Sprüche, Appelle, Beschwörungen - das war's bisher und so soll es bleiben.

Norbert Blüm sieht zwar auch, daß in unserem Gesundheitswesen „die kostentreibenden Strukturen unverändert wirksam bleiben“, er erkennt auch die Notwendigkeit einer Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung an. Aber wenn es ums politische Handeln geht, vertröstet er auf die Zeit nach der Bundestagswahl. Derweil steigt die Kostenflut zu Lasten der Beitragszahler weiter und wird der Verteilungskampf im Gesundheitswesen rauher.

Auch die organisierte Ärzteschaft begegnet der Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung inzwischen nur noch mit Ironie. Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Niedergelassenen Ärzte, Dr. Erwin Hirschmann, erklärte dieser Tage auf der Bundeshauptversammlung seines Verbandes in Köln: „Natürlich betont - in Wahrnehmung seiner Richtlinienkompetenz - auch der Bundeskanzler, für den allerdings dem Vernehmen nach Gesundheitspolitik nur einen Nebenkriegsschauplatz darstellen soll, daß ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln sei.“

Und Hirschmann stellte dann - als könnte man der Regierungsarbeit in Bonn nur noch satirisch beikommen -, zutreffend fest: „Trotzdem konnte sich die Spitze der Regierungskoalition ... nicht darauf einigen, noch in dieser Legislaturperiode diese Aufgabe anzupacken. Ist also die Kostenentwicklung eben doch nicht so bedrohlich, oder bremst nur die ihre Schatten vorauswerfende Bundestagswahl den politischen Impetus?“

Und wie die bevorstehende Bundestagswahl bremst. Genauer: Das Thema Kostendämpfung berührt den Bestand der Bonner Wende-Koalition. Denn eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die diesen Namen verdient, kann natürlich nicht die Leistungsanbieter am Gesundheitswesen - etwa Ärzte, Zahnärzte und pharmazeutische Industrie - unberührt lassen. Das gegenwärtige Gesundheitssystem läßt die Leistungsanbieter geradezu zur Ausnutzung dieses Systems ein. Dem in erster Linie müßte ein Riegel vorgeschoben werden. Eine Reform, die auch vor dem Hintergrund der steigenden Ärztezahlen die Leistungsanbieter im Gesundheitswesen aussparen wollte, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die FDP hat aber bisher aus Rücksicht auf ihr Klientel, von dem sie sich den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde erhofft, jede grundlegende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung verhindert. Sie hat bei steigenden Beitragslasten zusätzlich noch immer mehr Selbstbeteiligung der Beitragszahler verlangt, um gleichzeitig die Leistungsanbieter im Gesundheitswesen ungeschoren zu lassen. Das ist der eigentliche Grund, warum die Bundesregierung die erforderlichen Entscheidungen vertagt: Die dringend notwendige Strukturreform im Gesundheitswesen ist eine der Bruchstellen der Bonner Koalition.



Die Bundesregierung ruiniert aber mit ihrer Handlungsunfähigkeit die gesetzliche Krankenversicherung, die ihre Milliarden-Defizite durch immer höhere Beitragssätze ausgleichen muß. Die Beitragssätze werden mit Sicherheit im kommenden Jahr auf breiter Front über zwölf Prozent steigen. Norbert Blüm hat zwar auch erkannt, daß der Anstieg der Beitragssätze ein „Treibsatz für Lohnnebenkosten“ ist, der sich auch nachteilig für die Arbeitslosen auswirken wird. Aber Erkenntnis ist eine Sache, politisches Handeln eine andere.

Welch dringender Handlungsbedarf besteht, belegen diese Zahlen: Die Gesamtausgaben der Krankenkassen haben sich von knapp zehn Milliarden DM im Jahre 1960 auf nunmehr rund 110 Milliarden DM vervielfacht. Die Beitragssätze sind von 8,2 Prozent bei einer Beitragsbemessungsgrenze von 1.200,00 DM im Jahre 1970 auf nunmehr weit über zwölf Prozent bei einer Beitragsbemessungsgrenze von 4.050,00 DM gestiegen. Die monatlichen Beiträge in der Spitze haben sich von 98,40 DM auf 486,00 DM in diesem Jahr erhöht und werden Anfang nächsten Jahres deutlich die 500,000-DM-Grenze überschreiten. Die Zahl der Ärzte hat sich seit 1960 auf nunmehr rund 160.000 verdoppelt. Schätzungen besagen, daß in 15 Jahren weit mehr als 200.000 Ärzte tätig sein werden - bei einer schrumpfenden Bevölkerungszahl. Dabei ist absehbar, daß rapide steigende Ärztezahlen zu einer weiteren Kostenflut führen müssen, wenn nicht rechtzeitig entsprechende Weichenstellungen vorgenommen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Gesundheitsminister und -senatoren haben konkrete Vorschläge zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens eingebracht. Wir halten langfristig folgende gesetzliche Änderungen für unverzichtbar:

- Abschaffung der Einzelleistungsvergütung und Einführung neuer Vergütungssysteme wie Fallpauschale in der primärärztlichen Versorgung und Komplexhonorare in der fachärztlichen Versorgung;
- Einführung neuer Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeitsprüfung von Kassenärzten und Kassenzahnärzten;
- Änderung der Zulassungsbedingungen für die kassenärztliche Tätigkeit sowie Einführung einer Altersgrenze für Kassenärzte und Kassenzahnärzte.

Auch für den Arzneimittelbereich liegen entsprechende Vorschläge auf dem Tisch.

Die Bundesregierung verfährt aber wie bei der Frage des Tempolimits nach dem üblichen Muster: Sie bestellt erst einmal ein Gutachten und wartet ab.

(-/23.11.1985/va/ks)

+ + +



Was wird nun aus Kohls „Baubuch“?

Die Bürokratie feiert in Herrn Schneiders Haus Triumphe

Von Otto Reschke MdB

Bundeskanzler Helmut Kohl redet seit längerem gern vom „Baubuch“, ohne allerdings zu wissen, was an Planungsinstrumentarien für unsere Stadtpolitik benötigt wird. Sein Wohnungsbauminister Schneider hätte ihm daher längst sagen müssen, daß die Städte des Jahres 2.000 schon stehen. Sie müssen nur repariert, umgebaut und ihre Wohnlichkeit erhalten werden.

Der Wohnungsbauminister weiß genau: Die Materie des Städtebaurechts ist im Laufe der Jahre erheblich gewachsen. Dazu gehören das Städtebauförderungsgesetz von 1971, die Baurechtsnovellen von 1976 und 1979 und im Bereich der Förderung das Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz. Diese Gesetze bedürfen der Überarbeitung. Darüber gibt es in der Fachwelt keinen Zweifel.

Allerdings muß man sich fragen, was aus der Ankündigung der Regierung, eine Reform zur Ordnung der Rechtsmaterie aus einem Guß durchzusetzen, übrig geblieben ist.

Noch am 26. Januar 1984 verkündete der Wohnungsbauminister, daß er dem Kabinett voraussichtlich schon am 22. Februar 1984 einen ersten umfassenden Bericht geben werde. Sein Staatssekretär Löwenich am 1. Februar 1984: „Ich darf nochmals an den Zeitplan der Bundesregierung erinnern. Danach soll der Regierungsentwurf im Jahre 1986 beschlossen werden. Dies dürfte nach der Wahl im Jahre 1987 eine rasche parlamentarische Beratung ermöglichen, die im wesentlichen im Jahre 1988/89 abgeschlossen werden könnte.“

Was dann geschah, sollte Wohnungsbauminister Schneider endlich der interessierten Öffentlichkeit und dem Parlament erklären. Vor der Konrad-Adenauer-Stiftung kündigte Schneider am 16. Mai 1984 an, noch vor Ende 1985 wolle die Bundesregierung den Entwurf des neuen Baugesetzbuches beschließen und ihn zur baldigen parlamentarischen Verabschiedung dem Bundestag und dem Bundesrat vorlegen.

Zwischen den Äußerungen des Wohnungsbauminister und seines Staatssekretärs Löwenich waren genau dreieinhalb Monate vergangen. Der Bundeswohnungsbauminister rief plötzlich sein Ministerium und Verbände zur hektischen Eile.

Im Frühherbst dieses Jahres ist dann der staunenden und interessierten Öffentlichkeit und den Verbänden ein Vor-Entwurf eines Baugesetzbuches zur Stellungnahme zugeleitet worden. Der Entwurf war nicht einmal zwischen den Ressorts abgestimmt worden. Wenn der Vorgang nicht so einmalig wäre, könnte man ihn auch als komisch bezeichnen.

Trotz gemeinsamer Entscheidung im Deutschen Bundestag haben die Leitlinien für ein neues Städtebaurecht nicht vorgelegen. Eine parlamentarische Beratung von Leitlinien hat trotz An-



kündigung des Wohnungsbauministers nicht stattgefunden. Statt dessen gibt es einen Vor-Entwurf und es wird vom Wohnungsbauminister zu einer Anhörung eingeladen: die Industrie, Handwerkschaft und Gewerkschaften, wohnungswirtschaftliche Verbände, Planerverbände, Umweltverbände, kommunale Spitzenverbände und - man höre und staune - die Waffenschmidt-Kommission des Bundesinnenministers. Zur Krönung wurden dann die Referenten auf Länderebene eingeladen, um den sogenannten Vor-Entwurf zum Baugesetzbuch zu beraten, der inzwischen von anderen Ressorts der Regierung abgelehnt und mit Änderungsanträgen aus dem Bundesbauministerium angereichert wurde.

Man kann wirklich fragen: Ist das angekündigte Jahrhundertwerk als Torso entstanden? Muß es ein Torso werden nachdem das Schneider-Ministerium noch nicht einmal den Mut hatte, die städtebaupolitischen Aufgaben der kommenden Jahrzehnte zu konkretisieren und Vorstellungen zu entwickeln, welches Planungsrecht mit welcher stadtpolitischen Perspektive versehen werden soll?

Noch am 29. März 1983 tönte unser Wohnungsbauminister: „Engagement und Mitbestimmungsbereitschaft der Bürger bei der Gestaltung ihres gewohnten Wohngebietes sind zu stärken.“

Nicht nur im Entwurf zum Baugesetzbuch werden Mitwirkungsrechte der Bürger beschnitten. Die groteske politische Vorbereitung, der vom Wohnungsbauminister ins Auge gefaßte Zeitplan, die Ausschaltung der parlamentarischen Gremien führen zu einem parlamentarischen Verfahren, das nur eine Eil-Novelle hervorbringen kann. Regieren tut nicht mehr der Bauminister, sondern sein hektischer Terminplan.

Der Bau-Ausschuß des Deutschen Städtetages, genauso mißtrauisch auch der Landkreistag, bedauert, daß aus den hoffnungsvollen Anfängen nun lediglich eine novellierungsbedürftige Reparaturnovelle geworden ist. Der Wohnungsbauminister hat einen Ministeriums-Entwurf abgeliefert, um kurzlebigen Kabinetttsterminen Genüge zu tun.

Was der Wohnungsbauminister jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt hat, wird Stadtpolitik behindern, Rechtsunsicherheit erhöhen, Planer in den Städten verwirren, die ohnehin schon überlasteten Verwaltungsgerichte und Kammern erneut beschäftigen.

Und nachdem das Baugesetzbuch zunächst als Hilfsmittel der Entbürokratisierung gedacht war, zwingt das Schnellverfahren des Durchpeitschens einer Reparaturnovelle eine erneute Überarbeitung in der folgenden Legislaturperiode herbei. Bürokratiebeschäftigung statt Entbürokratisierung steht uns als Folge ins Haus.
(-/22.11.1985/vo-he/va)

+ + +



Der Wunsch nach blockübergreifender Zusammenarbeit

Ergebnisse einer Reise in die DDR zur Information über die Geschichtsschreibung

Von Hans Büchler MdB

Vom 17. bis 19. November 1985 hielten sich die SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Büchler, Professor Gerhard Heilmann, Reinhold Hiller, Lothar Löffler, Horst Sielaff und Margitta Terborg in der DDR auf. Ihr Hauptinteresse bei dieser Informationsreise galt der aktuellen Entwicklung der Geschichtsschreibung in der DDR.

Nach dem Unmut der Reiseteilnehmer über die Darstellung der Geschichte der Weimarer Republik im Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte, war es eine interessante Nachricht, daß die Historiker der DDR nun damit beginnen werden, die Geschichte der Weimarer Republik auf ähnlich differenzierte Weise zu schreiben, wie sie das zum Beispiel in bezug auf Preußen bereits getan haben.

Im Museum für Deutsche Geschichte ist dagegen noch eine sachlich nicht haltbare Kampfgeschichtsschreibung zu besichtigen, bei der die Rolle der SPD entweder verzerrt oder überhaupt nicht dargestellt wird. Dies gilt auch für die Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Die differenziertere Geschichtsschreibung wird als eine sachliche Notwendigkeit angesehen. Außerdem sei sie ein Beitrag zur Identitätsfindung und ein Anzeichen des gewachsenen Bewußtseins der DDR von der Dauerhaftigkeit ihrer Existenz. Nach wie vor dient die DDR-Geschichtsschreibung der nationalen Abgrenzung von der Bundesrepublik. Sie leiste einen Beitrag zur Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation, wurde gesagt. Darüber gab es eine kontroverse Diskussion.

Die politischen Gespräche belegten das große Interesse der DDR an europäischer, blockübergreifender Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang unterstützt die DDR die Bemühungen um offizielle Beziehungen zwischen EG und RGW. Die absolute Priorität sowohl der europäischen wie auch der deutsch-deutschen Zusammenarbeit hätten die Probleme der Friedenssicherung.



Die DDR verfolgt dabei, so Professor Schmidt, Leiter des Instituts für Politik und Wirtschaft, eine Perspektive, in der sich die Industrienationen in Ost und West stärker den globalen Problemen widmen können, statt ihre Ressourcen für den Rüstungswettlauf zu verbrauchen. Insbesondere nannte Professor Schmidt den Hunger in der Welt und die Unterentwicklung. Die DDR strebt dabei nach systemübergreifender wissenschaftlich-technischer und technologischer Zusammenarbeit. Der einzige Weg zu einer friedlicheren Welt führe allerdings über die Abrüstung. Vom Genfer-Gipfeltreffen und einem dadurch eingeleiteten Diskussionsprozeß werden konstruktive Ergebnisse erwartet, ebenso werden die Möglichkeiten der kleinen und mittleren europäischen Staaten, einen Beitrag zum Erfolg der Abrüstungspolitik zu leisten, hoch bewertet.

Unsere Gespräche mit vielen Bürgern der DDR zeigten, daß auch sie große Hoffnungen auf Genf setzen und insbesondere den Abzug der Waffenarsenale der Großmächte aus Mitteleuropa wünschen.

Diese Gespräche bestätigen erneut die Richtigkeit unserer Aufforderung an die Bundesregierung, die friedenspolitischen Probleme in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten konstruktiv aufzugreifen.

Ganz offensichtlich treten die Geraer-Forderungen derzeit in den Hintergrund, ohne jedoch aufgegeben zu werden. Stets war von Respektierung, nie aber von Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft die Rede.

Sozialdemokraten verstehen unter Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft eine Bestätigung der bisherigen Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Umgang mit Bürgern der DDR unter Vermeidung der gelegentlichen Unkorrektheiten westdeutscher Behörden. (-/23.11.1985/va/ks)

+ + +

